

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Kornelia Möller, Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/4806 –

### **Arbeitgeberzusammenschlüsse zur Stärkung ländlicher Räume**

#### **A. Problem**

Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten; ganzjährige Arbeitsplätze schaffen; Arbeitgeberzusammenschlüsse als betriebliche Kooperationsvereinigungen unterstützen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/4806 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Andrea Wicklein**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Andrea Wicklein

### I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/4806** wurde in der 133. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2007 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales und dem Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrages

Die Antrag stellende **Fraktion DIE LINKE.** weist darauf hin, dass es besonders in ländlichen Gebieten das Problem verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit gebe, die zunehmend zu sozialen Brennpunkten in diesen Gebieten führe. Dem müsse man schon wegen des Grundsatzes der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entgegenwirken.

Aus diesem Grund müsse die anfallende Arbeit in diesen Gebieten so organisiert werden, dass ganzjährige, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze entstehen.

In Frankreich gebe es für dieses Problem sogenannte Arbeitgeberzusammenschlüsse. Hierbei handle es sich um betriebliche Kooperationsvereinigungen, die ihre Mitarbeiter laufend weiter qualifizieren und sie je nach Arbeitsanfall ihren Mitgliedsbetrieben zur Verfügung stellen. Arbeitnehmer würden dadurch ganzjährig beschäftigt und die Unternehmen bei den Personalmanagementaufgaben entlastet. Auf Landesebene gebe es auch in Deutschland bereits Modellprojekte hierzu.

Die Bundesregierung solle daher dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag unterbreiten, wie Arbeitgeberzusammenschlüsse gezielt unterstützt, gesetzlich geschützt und langfristig gesichert werden können.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/4806 verwiesen.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 13. Februar 2008 abschließend ohne Debatte beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4806 zu empfehlen.

Berlin, den 13. Februar 2008

**Andrea Wicklein**  
Berichterstatlerin

